



# HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2023

Plenum

## Dringlicher Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### **Wolfspopulation in Hessen wächst weiter exponentiell – Präventionsgebiete abschaffen, Datenlage verbessern, Förderpraxis anpassen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass es aktuell zu vermehrten Wolfssichtungen in ganz Hessen kommt. Die Anzahl der in Hessen sesshaften und durchstreifenden Wölfe nimmt weiterhin zu. Die Weidetierhaltung in Hessen gerät durch die wachsende Wolfspopulation weiter unter Druck. Darüber hinaus versetzen Wölfe, die sich in der Nähe von Wohnsiedlungen aufhalten, auch die dort lebende Bevölkerung zunehmend in Sorge.
2. Der Landtag stellt fest, dass Wolfsnachweise in Hessen laut offizieller Statistik des HLNUG im Wesentlichen durch Foto- oder Videoaufnahmen, seltener durch genetische Beprobung von Losung, Urin oder Haaren, gelingen. Die genetische Beprobung von Rissverdachtsfällen führte dagegen im Jahr 2022 nur selten zu einem Wolfsnachweis. Über 50 Rissverdachtsfälle im Jahr 2022 werden laut Angaben des HLNUG nach einer genetischen Analyse der Art „Hund“ zugerechnet. Auch wenn das HLNUG richtig feststellt, dass es sich jeweils um Nachnutzer-DNA handeln kann, fällt auf, dass Nachweise des Wolfes als Rissverursacher nur vereinzelt gelingen. Fälle von gerissenen Rinderkälbern, Fohlen, Schafen oder Ziegen lassen aber lediglich den Schluss zu, dass es sich um den Wolf als Verursacher handelt. Ohne einen offiziellen Nachweis können die betroffenen Weidetierhalter bei Rissfällen weder auf eine finanzielle Entschädigung hoffen, noch finden die Fälle Eingang in Statistiken des Landes. Darüber hinaus sind diverse Präventionsmaßnahmen nur in Gebieten förderfähig, in denen bereits Wolfsrisse offiziell registriert wurden.
3. Um eine höhere Erfolgsquote bei der Beprobung von Rissverdachtsfällen zu erreichen, fordert der Landtag die Landesregierung auf, Schulungsangebote für Großtierärzte zu schaffen und von ihnen vorgenommene DNA-Proben offiziell anzuerkennen. Mit dieser Maßnahme wird eine Professionalisierung und Beschleunigung der Rissprobenentnahme erreicht.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Entschädigungszahlungen im Fall von Rissen an Nutztieren (trotz Grundschutz) grundsätzlich zu gewähren, sofern der Wolf als Rissverursacher nicht ausgeschlossen werden kann.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die sogenannten „Wolfspräventionsgebiete“ abzuschaffen. Inzwischen geht die Verbreitung des Wolfes in Hessen über einzelne Territorien hinaus, der Schutz der Weidetiere muss deswegen in ganz Hessen sichergestellt werden. Die entsprechende Förderrichtlinie des Landes ist dahingehend anzupassen, dass sämtliche Förderungen für Präventionsmaßnahmen grundsätzlich in ganz Hessen gewährt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Weidegebiete, in denen die Errichtung und Instandhaltung eines Grundschutzes einen unzumutbaren Mehraufwand bedeuten würde (beispielsweise aufgrund von Hanglagen, Zerschneidung durch Wege usw.), als „nicht zumutbar schützbares Gebiete“ zu definieren. In diesen Gebieten soll im Rissfall für eine Ausgleichszahlung oder für einen Entnahmeantrag kein Grundschutz nachgewiesen werden müssen.
7. Der Landtag stellt fest, dass die vorhandenen Statistiken des Landes weder ein realistisches Bild über die von Wölfen verursachten Schäden, noch über die Anzahl der in Hessen sesshaften Wölfe geben

8. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, eine Wolfspopulationsstudie nach dem Vorbild Niedersachsens in Auftrag zu geben. Eine wissenschaftlich evidente Datenbasis ist notwendige Voraussetzung für ein aktives Bestandsmanagement.
9. Der Landtag strebt ein aktives Bestandsmanagement der Wolfspopulation in Hessen an. Die regierungstragenden Fraktionen der Ampel-Regierung haben vereinbart, den Ländern eine rechtssichere Möglichkeit zu geben, regulierend in Wolfsbestände einzugreifen. Abgesehen von der Frage des Bestandsmanagements können und müssen schon jetzt Wölfe, die wiederholt Nutztiere reißen oder sich auffällig gegenüber dem Menschen verhalten, als Problemwölfe benannt und konsequent entnommen werden.

Wiesbaden, 24. Januar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**